

1. Faire und innovationsfreundliche Plattformökonomie

Wie und in welchen Bereichen wollen Sie eine künftige Plattformregulierung weiterentwickeln?

Globalisierung und Digitalisierung verändern unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Treiber dieser Entwicklung sind digitale Plattformen und global agierende Digitalunternehmen. Das führt nicht nur zu neuen Produkten und Geschäftsmodellen, sondern auch zu einem Umbruch der traditionellen Marktlogik. Bei diesen Entwicklungen muss aus liberaler Sicht ein funktionierender Wettbewerb als eines der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft gewährleistet sein. Funktionierender Wettbewerb bedeutet unter anderem, Chancen für neue Geschäftsmodelle zu eröffnen und offenen Marktzugang zu gewährleisten.

Daher wollen wir zunächst den digitalen Binnenmarkt für Europa vollenden. Denn laut Schätzung der Europäischen Kommission würden ohne den Gemeinsamen Markt 415 Milliarden Euro jährlich weniger erwirtschaftet und es hunderttausende Arbeitsplätze weniger geben. Allerdings gibt es, anders als wir es in Europa bei Waren, Dienstleistungen und Kapital abgeschafft haben, im digitalen Bereich Hindernisse beim Grenzübertritt. Die Mitgliedstaaten haben bisher eigene digitale Märkte mit immer noch teilweise divergierenden Regeln.

Derzeit werden die digitalen Märkte stark von einzelnen Global Playern dominiert. Darunter weisen einige große Digitalkonzerne seit geraumer Zeit international eine Tendenz zu einer marktbeherrschenden Stellung auf. Ein Level-Playing Field erreichen wir, wenn wir Monopolisierungs- und Konzentrationstendenzen der digitalen Plattformen Rechnung tragen und einen fairen Wettbewerb herstellen. Beispielsweise sollte missbräuchliches Verhalten digitaler Plattformen, das dazu geeignet ist, ein Monopol herbeizuführen (zum Beispiel Erschweren des Plattformwechsels oder des Multihomings) kartellrechtlich relevant sein, um strategische Behinderungen marktmächtiger Unternehmen zu verhindern und durch diese Senkung der Interventionsschwelle wettbewerblich negative Netzwerkeffekte aufzubrechen.

Auf der einen Seite muss dazu die Richtlinie (EU) 2019/1 des europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts auf nationaler Ebene zügig umgesetzt werden, damit das europäische Wettbewerbsrecht durch die nationalen Kartellbehörden effektiver und schneller durchgesetzt werden kann.

Auf europäischer Ebene wollen wir uns zudem konkret dafür einzusetzen, dass der Anwendungsbereich der europäischen Fusionskontrollverordnung durch Schaffung eines zusätzlichen Aufgreifkriteriums unter Berücksichtigung des bei einem Unternehmenserwerb vereinbarten Kaufpreises (Wertes der Gegenleistung) erweitert wird.

Wir wollen auf der anderen Seite aber auch Start-ups besser fördern und Unternehmen im Wettbewerb mit den großen Digitalkonzernen stärken - zum Beispiel mit flexibleren und offeneren Regelungen bzw. der Etablierung moderner Regelungsrahmen für neue Geschäftsmodelle. Dazu gehört auch, die Rahmenbedingungen für Wagniskapital zu verbessern, Gründungen zu erleichtern und das sog. "Sandboxing" in Digitalen Freiheitszonen zu ermöglichen.

Ein starkes europäisches Gegengewicht zu den großen amerikanischen und chinesischen Digitalunternehmen erreichen wir nicht mit umfassenden staatlichen Förderungen, sondern mit den richtigen Rahmenbedingungen und in einem bedeutsamen und fairen Markt.

2. Datenschutz & ePrivacy sinnvoll gestalten

Wie wollen Sie die Anwendung und Überprüfung der DSGVO sowie die weiteren Verhandlungen zur ePrivacy-Verordnung gestalten?

Im Jahr 2018 ist die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten und hat ein gemeinsames europäisches Datenschutzrecht für den europäischen Binnenmarkt geschaffen. Dies begrüßen wir Freie Demokraten. Allerdings haben sich auch einige Schwierigkeiten in der Umsetzung gezeigt, sodass wir bereits für 2020 eine Evaluierung und Weiterentwicklung fordern. Datengetriebene Geschäftsmodelle müssen auch weiterhin in der Europäischen Union möglich sein. Hierzu brauchen wir Transparenz und müssen den Nutzer befähigen, eine mündige Entscheidung zu treffen, wem er wann welche Daten wofür und unter welchen Bedingungen zur Verfügung stellt. Auf der Basis eines einheitlichen Datenschutzrechts können europäische Geschäftsmodelle mit europäischen Standards geschaffen werden, damit die europäische Wirtschaft an der Digitalwirtschaft teilhat. Wir wollen die DSGVO konsequent weiterentwickeln. Insbesondere werden wir darauf achten, dass die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen, deren Kerngeschäft nicht der Umgang mit personenbezogenen Daten ist, und ihre Belange stärker berücksichtigt werden und der bürokratische Aufwand der einzelnen Verpflichtungen überprüft und datenschutzrechtlich ebenso wirksame, aber weniger aufwändige technische Lösungen berücksichtigt werden. In der Frage des transatlantischen Datenaustauschs müssen wir rasch rechtssichere Lösungen finden. Hierzu fordern

wird, dass die EU-Kommission in Abstimmung mit dem Europäischen Parlament den EU-US-Privacy-Shield erneut mit den USA verhandelt.

Wir Freie Demokraten wollen die Privatsphäre gewährleisten und einen zukunftstauglichen, Innovationen und fairen Wettbewerb verpflichteten Privatsphäre-Rechtsrahmen für Kommunikations- und Mediendienste schaffen. Der Umgang mit Daten und Informationen muss für die Bürgerinnen und Bürger transparent sein. Wir wollen, dass datengetriebene Geschäftsmodelle der Entscheidungsgewalt der Bürgerinnen und Bürger unterliegen. Im Bereich der geplanten ePrivacy-Verordnung ist im Sinne des Medienpluralismus ein Ausgleich zu schaffen zwischen dem Interesse auf Privatsphäre und der Refinanzierungsmodelle der durch Online-Werbung finanzierten Online-Medien. Die Verarbeitung von Daten, auch auf der Ebene der Endgeräte der Nutzer (durch Cookies und vergleichbarer Technologien), soll in der ePrivacy-Verordnung daher in materiellrechtlicher Sicht nicht hinter die bisherigen Standards zurückfallen.

3. Data Economy fördern

Mit welchen Schritten wollen Sie eine nachhaltige und sinnvolle Datenpolitik zum Aufbau und zur Förderung einer Data Economy in der Europäischen Union fördern?

Wir Freie Demokraten wollen, dass datenbezogene Geschäftsmodelle und informationelle Selbstbestimmung sich nicht ausschließen. Im Hinblick auf personenbezogene Daten wollen wir, dass die Bürgerinnen und Bürger Verfügungsgewalt über Daten haben, die sich auf ihre Person beziehen. Niemand soll sie gegen deren Willen nutzen können („Opt-in“). Dazu braucht es Transparenz: Jeder muss wissen, wer, wann und warum personenbezogene Daten speichert und darauf zugreift.

Dort, wo nicht-personenbezogene Daten in oder durch Maschinen erfasst und gespeichert werden, sollen nicht nur die Hersteller der Geräte und Dienstleister der Services ein Recht an der Nutzung der Daten haben, sondern auch die Nutzer der Maschinen selbst. Wir wollen ein Nutzungsrecht an diesen Daten schaffen, das alle Akteure in die Lage versetzt, die gewonnenen Daten für sich zu nutzen. Damit wollen wir gesellschaftlichen Fortschritt mit Verbraucherschutz und Datensouveränität in Einklang bringen.

4. Künstliche Intelligenz, Blockchain und Digitale Ethik stärken

Welche Rahmenbedingungen sollten für KI, Blockchain und Ethik auf Europäischer Ebene gestaltet werden?

Wir Freie Demokraten wollen die gemeinsame europäische Strategie zur Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen an eine moderne Gesellschaft weiterentwickeln. Auf der einen Seite soll der Forschung der Zugang zu relevanten Daten ermöglicht werden. Auf der anderen Seite müssen Bürgerinnen und Bürger stets souverän über ihre Daten verfügen können, um vor Missbrauch zu schützen. Zudem wollen wir Freie Demokraten keine pauschalen und ungerechtfertigten Einschränkungen oder verfrühte Verbote bestimmter neuer Technologien durch die Politik.

Wir Freie Demokraten erkennen auch, dass sowohl die künstliche Intelligenz als auch die Blockchain-Technologie sektor-übergreifend angewandt werden können. Künstliche Intelligenz kann zur Optimierung von Prozessen in der Medizin, zur Entwicklung von autonomen Fahrzeugen oder in der öffentlichen Verwaltung zum Einsatz kommen, um nur einige Beispiele zu nennen. Blockchain wird schon heute in der Finanzbranche eingesetzt und kann beispielsweise auch zum Handel im europäischen Energiemarkt genutzt werden. Daher ist ein vollumfänglicher KI- oder Blockchain-Rechtsrahmen nicht zielführend. In unterschiedlichen Sektoren werden unterschiedliche Anpassungen notwendig sein. Daher setzen wir Freie Demokraten uns für die sektorspezifische Überprüfung der Rahmenbedingungen in allen Bereichen ein, die von diesen Technologien beeinflusst werden.

5. Bildung und Arbeit 4.0 unterstützen

Wie wollen Sie diesen Entwicklungen auf EU-Ebene Rechnung tragen und den Arbeitsmarkt unterstützen?

Der Mensch bleibt insgesamt im Arbeitsmarkt auch nach dem digitalen Strukturwandel unersetzbar. Zwar verändern bahnbrechende Entwicklungen, die Strukturen des Arbeitsmarkts. Beispielsweise fliegen schon heute Flugzeuge zum großen Teil autonom. Doch das Vertrauen in das System wird durch einen menschlichen Piloten geweckt, der jederzeit eingreifen kann und den Passagieren durch regelmäßige Durchsagen durch den Flug führt. Deshalb müssen wir uns auf nationaler und europäischer Ebene für die Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze durch den digitalen Wandel betroffen sein werden, einsetzen. Sie müssen sich die Fähigkeiten aneignen können, um neue Technologien als Werkzeuge zu nutzen. Und wir sollten die Chance ergreifen, die Bereiche der Arbeitswelt zu stärken, wo die besondere Kreativität, Empathie und Zuwendungsfähigkeit und Leidenschaft von Menschen gefragt ist, zum Beispiel in den Gesundheits- und Sorgeberufen. Hier können wir die Einsparungen aufgrund der Digitalisierung zum Beispiel in die Beziehung zum Patienten reinvestieren.

Grundsätzlich fallen Menschen diejenigen Fähigkeiten leicht, die der Technologie schwerfallen und umgekehrt. Intuitiv können wir Gesichter erkennen oder Stimmen

zuordnen. Es fällt uns um einiges schwerer, zwei 16-stellige Zahlen zu multiplizieren. Währenddessen hat es viele Jahrzehnte gedauert, um Computern Bilderkennung „beizubringen“, doch das Multiplizieren gelingt ihnen in Bruchteilen einer Millisekunde. Wir Freie Demokraten wollen unseren Arbeitsmarkt daher darauf ausrichten, um mit der KI moderne Arbeit zu erleichtern und die Produktivität anzukurbeln. Nur so können wir unseren Wohlstand garantieren. Denn auch im Zeitalter der künstlichen Intelligenz wird die Technologie neue Arbeitsstellen kreieren, die wir heute noch nicht kennen.

Wichtig ist daher, von Kindesbeinen an die Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz zu fördern. Dazu gehört auch das Verständnis von der Funktionsweise informationstechnischer Systeme, künstlicher Intelligenz und der Computersprache. Wir fordern daher in der nationalen Bildung einen Fokus auf Medienkompetenz in den Bildungsstandards.

Mit Blick auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen unterstützen wir die Einrichtung von digitalen Bildungsplattformen, zu der alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem formellen Bildungsgrad, Zugang bekommen sollen. Nach dem Vorbild der „Open University“ sollten digitale Bildungsplattformen ihre Bildungsinhalte in Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) über das Netz zur Verfügung stellen. Ziel der europäischen Förderung von Bildungsplattformen muss dabei auch sein, ihren Nutzern europabezogene Inhalte zu vermitteln. Des Weiteren sollen qualifizierte, online erarbeitete Kurse auf einen universitären Bildungsabschluss anrechenbar sein.

Wir Freie Demokraten verstehen eine geregelte Einwanderungspolitik als Chancenpolitik – für Europa und die Menschen, die zu uns kommen wollen. Voraussetzung für eine für beide Seite gewinnbringende Einwanderung bleibt, über ausreichende Sprachkenntnisse und eine Berufsqualifikation zu verfügen. Die gezielte Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten, die nach einem kriterienbasierten Punktesystem ein Arbeitsvisum erhalten können, wollen wir zukünftig mit der Gründung einer europäischen Fachkräfteagentur und von europäischen Ausbildungszentren in Drittstaaten unterstützen.

6. Vitale Start-ups und Mittelstand für Europa

Wie wollen Sie die europäischen Rahmenbedingungen für Start-ups und den Mittelstand in der digitalen Wirtschaft verbessern? Wie stehen sie zu den Plänen einer Digitalsteuer?

Wir Freie Demokraten wollen gemeinsam mit institutionellen Investoren einen "Zukunftsfonds" (Dachfonds) einrichten, der sich am Vorbild des dänischen

Vækstfonden orientiert. Dieser Dachfonds sollte hauptsächlich in Venture-Capital-Fonds investieren. Vor allem aber brauchen wir die Öffnung von großen Kapitalsammelstellen für die Start-up-Finanzierung. Ebenso wollen wir das europäische Kartellrecht im Hinblick auf die Entwicklungen in der digitalen Wirtschaft weiterentwickeln, um faire Wettbewerbsbedingungen und ein Level-Playing-Field für alle Marktteilnehmer innerhalb der Europäischen Union herzustellen und den Start-ups die Chance zu ermöglichen, sich auf dem Markt zu etablieren.

Überlegungen wie die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Digitalsteuer als eine Art zweite Umsatzsteuer, stoßen bei uns auf Ablehnung. Durch eine solche Konstruktion entstünde die Gefahr eines internationalen Steuerstreits mit Gegenreaktionen anderer Wirtschaftsräume sowie die Gefahr der Doppelbesteuerung digitaler Wertschöpfung. Europa darf in seinen Grenzen den digitalen Wandel nicht ausbremsen. Stattdessen sollte eine Lösung auf OECD-Ebene gefunden werden. Europa braucht nicht immer neue Steuern, sondern mehr Impulse zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

Dazu fordern wir zum Beispiel europäische Digital-Freiheitszonen: Durch Experimentierräume und Öffnungsklauseln wollen wir grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Ausgründungen von Unternehmen, Start-ups und Spin-offs schaffen. Sie haben im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einem höheren Freiheitsgrad, unterliegen europäischem Recht und bieten besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Dabei sollen „Sandbox-Verfahren“ ermöglicht werden. Die Digital-Freiheitszonen sollen in enger Kooperation und im engen Austausch einer Europäischen Agentur für Sprunginnovationen stehen, die wir schaffen wollen. Wir treten außerdem dafür ein, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Start-ups durch eine Anpassung des Vergaberechts zu erleichtern.

7. Netzneutralität und zukunftsfähige digitale Infrastruktur

Wie stehen Sie zum Prinzip der Netzneutralität und mit welchen Maßnahmen wollen Sie eine schnelle und flächendeckende Breitbandversorgung in Europa fördern?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Netzneutralität. Denn diese ist Voraussetzung für Innovation und sichert neuen Unternehmen den Zugang zum Markt. Diese Chancengleichheit wollen wir schützen und zugleich neue qualitätsgesicherte Dienste ermöglichen. Deren diskriminierungsfreie Ausgestaltung ist wettbewerbsrechtlich abzusichern.

Wir Freie Demokraten setzen uns außerdem für Gigabit-Infrastrukturen in der Fläche für Europa ein, denn ein Internetzugang ist die Grundvoraussetzung für die Teilhabe

an der Digitalisierung. Deswegen wollen wir die europäische Glasfaserinfrastruktur und den Ausbau der 5G-Funktechnologie in der Fläche mithilfe der Connecting Europe Facility vorantreiben. Dazu soll der EU-Haushalt Sofortmaßnahmen der Mitgliedstaaten fördern. Zur Finanzierung des europaweiten Glasfaserausbau und des Infrastrukturaufbaus sollte der europäische Haushalt dort, wo nationale Anstrengungen nicht ausreichen, Mittel für den europaweiten Ausbau bereitstellen. Wir fordern auch, den Einsatz neuer Verlegungsmethoden von Breitband-Infrastruktur wie Micro-Trenching zu nutzen, um den Ausbau zu vereinfachen. Zusätzlich müssen Regularien angepasst werden, damit die verfügbaren staatlichen Mittel, die für den Ausbau vom Bund und der EU bereitgestellt worden sind, endlich vollständig abgerufen werden können.

Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass beim Aufbau moderner Datennetze Datensicherheit und Netzintegrität garantiert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden.

8. Cybersicherheit gewährleisten

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Themen Cybersecurity und Cyberkriminalität auf EU-Ebene weiter angehen?

Wir Freie Demokraten wollen Cybersicherheit stärken und auf europäischer Ebene strategisch vorantreiben. Neben unserer Informationstechnologie müssen kritische Infrastrukturen wie die öffentliche Strom- und Wasserversorgung oder Krankenhäuser besser vor digitalen Angriffen geschützt werden. Dazu brauchen wir verbindliche europäische Mindeststandards und Grundsätze für IT-Sicherheit und eine effektive Cybersicherheitsstruktur, nicht nur für kritische Infrastruktureinrichtungen, sondern auch für Verbraucherprodukte, die von der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) koordiniert werden. Hersteller von Hard- und Software müssen eindeutig für IT-Sicherheitslücken haften und verpflichtet werden, während der üblichen Nutzungsdauer eines Produktes Patches bereitzustellen, um Sicherheitslücken zu schließen. Sollte es wirtschaftlich nicht möglich sein, dies über die Gewährleistungszeit hinaus sicherzustellen, muss der Hersteller verpflichtet werden, auf dem Produkt deutlich auf die Dauer der Gewährleistung der IT-Sicherheit hinzuweisen. Um die Sicherheit der Daten und der Kommunikation zu wahren, ist zudem die Unabhängigkeit einer europäischen Infrastruktur zu gewährleisten, damit die Gewährleistung der IT-Sicherheit nicht anderen Interessen (zum Beispiel der Sicherheitsbehörden) untergeordnet wird. Um- und Neubauten kritischer Infrastrukturen müssen grundsätzlich ein Cyber-Security Konzept beinhalten, um öffentliche Fördergelder zu erhalten.

Europa hat im Datenschutz eine Vorreiterrolle eingenommen und setzt hier weltweit Standards. Dies muss die Europäische Union im Bereich der IT-Sicherheit fortsetzen, ohne bürokratische Regelungen für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen.

Auch Privatbürger sollen dafür sensibilisiert und dazu befähigt werden, sicher zu kommunizieren. Hierfür darf insbesondere die Verwendung verschlüsselter Kommunikation nicht eingeschränkt, sondern muss – im Gegenteil – gefördert werden. Das Vorhalten von Systemschwachstellen (Exploits) durch staatliche Stellen, etwa zur Ausnutzung durch Nachrichtendienste, wollen wir europaweit unterbinden. Wir lehnen außerdem jede Form der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ab und fordern die Kommission auf, die Europäische Grundrechtecharta durchzusetzen und gegen entsprechende nationale Regelungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten vorzugehen. Jedem Versuch, die Vorratsdatenspeicherung auf europäischer Ebene wieder einzuführen, werden wir Freie Demokraten uns entschieden entgegenstellen. Die Menschen in Europa dürfen nicht unter pauschalen Verdacht gestellt werden. Ob bei Telefonaten, Versenden von SMS-Nachrichten oder Nutzung des Internets – die Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, dass Daten nicht massenhaft gespeichert und ausgewertet werden können.

Cyberkriminalität findet häufig innerhalb grenzüberschreitender Sachverhalte statt. Wir Freie Demokraten setzen uns daher dafür ein, die europäische Polizeibehörde Europol zu einem europäischen Kriminalamt auszubauen und Europol für grenzüberschreitende Sachverhalte mit wirksamen Ermittlungsbefugnissen auszustatten, um die Arbeit der Mitgliedstaaten unterstützen zu können.

9. Medienkonvergenz und Urheberrecht

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Themen Medienkonvergenz sowie Urheberrecht künftig sinnvoll ausgestaltet werden?

Wir Freie Demokraten wollen, dass der Rechtsrahmen für Medien und Kommunikation an die neuen Nutzergewohnheiten angepasst wird. Denn Mediennutzung hat sich durch Plattformen und soziale Medien verändert. Information ist ständig verfügbar. Die Rechtsrahmen der analogen Zeit im Bereich Rundfunk und Telekommunikation führen zu Widersprüchen, die dem neuen Kommunikationszeitalter nicht mehr gerecht werden.

Wir Freie Demokraten stehen für den Schutz für geistiges Eigentum und eine faire Entlohnung der Urheber. Allerdings sprechen wir uns gegen den Aufbau einer Zensurinfrastruktur aus und waren daher gegen Artikel 13/Artikel 17 der Urheberrechts-Richtlinie. Dieser ist nicht nur unverhältnismäßig, sondern gefährdet die freie Meinungsäußerung im Internet. Wir werden uns im Rahmen der Umsetzung

der Richtlinie für Lösungen einsetzen, die der Meinungsfreiheit Rechnung tragen und kleinen und mittleren Unternehmen sowie Start-ups nicht Kosten auferlegen, welche ihre Marktchancen gegenüber den großen Plattformen weiter verringern. Mittelfristig müssen wir für die Durchsetzung von Urheberrechten im digitalen Zeitalter auch auf neue Technologien wie zum Beispiel Blockchain oder Micropayment setzen.

Das Urheberrecht ist aus Sicht von uns Freien Demokraten kein Instrument, um Wettbewerbsprobleme zu lösen wie beispielsweise zwischen großen Newsaggregatoren und Urhebern. Diese Probleme müssen mit dem Mittel des Wettbewerbsrechts gelöst werden.

10. Struktur und Zukunft der Europäischen Union

Welche Zukunftsvision haben Sie für die Europäische Union und seine Institutionen?

Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union grundlegend reformieren und damit die ungenutzten Potentiale Europas entfesseln. Unser Ziel ist es, dass die Union sich wieder auf die großen Fragen konzentriert und wieder schneller zu Entscheidungen kommt. Daher fordern wir mehr Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat, gerade bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Wir wollen das Europäische Parlament endlich mit einem echten Initiativrecht ausstatten und die EU-Kommission verkleinern. Europa soll dort tätig werden, wo es wirklich gefragt ist: bei den großen Aufgaben, die wir gemeinsam besser lösen können, statt jeder Mitgliedstaat allein. Insbesondere in den Bereichen Handel, Binnenmarkt, grenzüberschreitende Infrastruktur, Digitalisierung, Außenpolitik und Verteidigung, Sicherheit, Energie und Klima, Schutz der Außengrenzen, Einwanderung und Asyl muss Europa gemeinsame Regeln schaffen und mit einer Stimme sprechen. Zudem wollen wir Europa zu Innovationskontinent machen, der Vorreiter ist bei neuem Denken, neuen Ideen, neuen Technologien.

Wir müssen vieles anders und besser machen, damit wir die Menschen neu für Europa begeistern können. Unsere Vision ist die einer demokratisch, dezentral und bundesstaatlich verfassten Europäischen Union. Dieser Weg ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in nationalstaatliche Kleinstaaterei oder der Schaffung eines zentralisierten europäischen Superstaats.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Europawahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Nicola Beer MdB
Staatsministerin a.D.
Spitzenkandidatin zur Europawahl

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261
programm@fdp.de
www.fdp.de